

Ltd. KVD Allroggen rief noch einmal die Ereignisse der Vergangenheit in Erinnerung. Er berichtete, dass der Beschluss des Kreistages, ein Kommunales Integrationszentrum (KI) einzurichten, auf die geschlossene Ablehnung seitens der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Kreises gestoßen sei. Er habe daher das Gespräch mit den Verwaltungsspitzen der Städte und Gemeinden gesucht, um zu erörtern, ob und in wieweit ein Kommunales Integrationszentrum auf Kreisebene für die Städte und Gemeinden förderlich sei. Nachdem bereits einige Gespräche geführt worden waren, sei er am 11.11.13 zu einer gemeinsamen Diskussion in den Kreis der Bürgermeister eingeladen worden. Diese sei sehr intensiv und kontrovers über längere Zeit geführt worden. Im Ergebnis zeichne sich aber auch weiterhin Ablehnung gegen die Einrichtung eines KI ab. Positiv zu bewerten sei allerdings, dass sich zwei größere Städte, Sankt Augustin und Hennef, sehr deutlich für ein KI ausgesprochen hätten. Darüber hinaus hätten mehrere andere Städte und Gemeinden angedeutet, sich auf eine konkrete Aussprache zu den Vor- und Nachteile eines KI einlassen zu wollen. Weiterhin sei festzuhalten, dass die vom Kreis aufgestellte Kostenprognose zum KI erfreulicherweise habe nach unten korrigiert werden können. Dadurch, dass die Mehrkosten für die Errichtung eines KI zu großen Teilen aufgefangen werden könnten, komme es nicht zu Veränderungen in den geplanten Kreisumlagesätzen. Nach einem abschließenden Gespräch des Landrates mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sei schließlich das Startsignal gefallen.

Ltd. KVD Allroggen stellte daraufhin VAe Dinstühler als Leiterin des neu eingerichteten KI vor und erklärte, verwaltungsintern habe man mit Blick auf die Ausgestaltung einer Zusammenarbeit zunächst mit dem Schulamt Kontakt aufgenommen. Die Schulräte hätten von einer mit vorhandenen Mitteln kaum noch zu bewältigenden Nachfrage bei den BuT-Leistungen berichtet, insbesondere hinsichtlich Sprachfördermaßnahmen. Auch mit anderen verwaltungsinternen Bereichen, wie dem Ausländeramt, dem Sozialamt, dem Gesundheitsamt und der Gleichstellungsstelle, seien Gespräche geführt worden. Der nächste avisierte Schritt sei ein Gespräch mit Vertretern der Städte und Gemeinden. Bürgermeister Raetz habe in seiner Funktion als Sprecher der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mitgeteilt, dass hierzu vier Kollegen aus der Sozialdezernentenebene als Vertreter benannt worden seien. Als Termin sei der 10.12.14 anberaumt worden. Das Gespräch solle dazu genutzt werden, die konkreten Bedarfe in den Kommunen festzustellen. Ltd. KVD Allroggen betonte, ihm sei besonders daran gelegen, dass bei den Kommunen nicht der Eindruck entstünde, der Kreis wolle ihnen ein fertiges Konzept aufzwingen. Es gehe vielmehr darum, unter Berücksichtigung der konkreten Bedarfe der Kommunen und möglichst praxisnah erste Arbeitsschritte zu planen.

Ltd. KVD Allroggen berichtete weiterhin, dass es nach der Kontaktaufnahme mit dem Land NRW ein Arbeitstreffen mit den Dezernenten der Kreise und kreisfreien Städten in NRW gegeben habe. Hier sei berichtet worden, dass schon 49 von den insgesamt 54 Kreisen und Großstädten ein KI eingerichtet hätten und sich zwei weitere auf dem Weg befänden. Es werde diese Gespräche nun regelmäßig geben, um ein gleichmäßiges Arbeiten der KI's und einen Informationsaustausch zu gewährleisten. Parallel dazu werde es einen engen Austausch auf der Fachebene geben. An einem solchen Treffen habe VA Dinstühler auch schon teilgenommen. Geplant sei ferner, sich im Rhein-Sieg-Kreis auf zwei Schwerpunkte, den Bildungs- und den Gesundheitsbereich, zu beschränken und beide Bereiche einer Bedarfsanalyse zu unterziehen. Sofern diese Vorbereitungen abgeschlossen seien, könnten Anfang des Jahres 2015 weitere Gespräche mit den sonstigen Beteiligten, beispielsweise den Vertretern der Integrationsräte, der Moscheegemeinden etc., folgen. Aufgrund des großen, zu beteiligenden Personenkreises stelle die organisatorische Umsetzung der Gespräche aber eine große Herausforderung dar.

In diesem Zusammenhang versprach Ltd. KVD Allroggen, die Politik durch regelmäßige Sachstandsberichte über den aktuellen Verfahrensstand zu unterrichten.

Er erklärte, dass mit der notwendigen und vom Land auch geforderten Überarbeitung des Integrationskonzeptes erst Ende des Jahres 2015 begonnen werden könne, da eine solche Überarbeitung nach diesseitiger Auffassung eine genauen Analyse und Abstimmung mit den diversen Beteiligten voraussetze. Ein weiterer Grund liege in den personellen Ressourcen. Das Land NRW habe sich aber mit der zeitlichen Planung des Rhein-Sieg-Kreises einverstanden gezeigt.

Für die Mitarbeit im KI sei durch Umsetzung aus dem Amt 50 bereits eine Stelle dem KI zugeordnet worden, die mit zwei Halbtagskräften besetzt sei. Die Leitung des KI übernehme VA Dinstühler. Daneben solle es zwei Lehrerstellen geben, die von Seiten des Schulbereiches ausgeschrieben würden. Die Besetzung der Stellen erfolge unter der Federführung des Landes und unter Beteiligung des Kreises. Die Einstellungen seien infolgedessen frühestens zur Mitte des Schuljahres (voraussichtlich Februar 2015) möglich. Falls für eine der oder beide Stellen keine geeigneten Bewerber gefunden würden, werde es eine erneute Ausschreibung der Stellen geben. Abschließend blieben noch eine Sozialpädagogenstelle und eine halbe Verwaltungskraftstelle zu besetzen. Die Stellenausschreibungen für diese beiden Stellen befänden sich in der Vorbereitung, könnten aber erst besetzt werden, wenn die erforderlichen Mittel im Rahmen der Haushaltsberatungen bereitgestellt würden.

Die Vorsitzende dankte Ltd. KVD Allroggen für seine Ausführungen und nahm gleichzeitig die Gelegenheit wahr, VA Dinstühler für ihre neue Aufgabe viel Erfolg zu wünschen.

Auch Abg. Hurnik dankte Ltd. KVD Allroggen für seinen Bericht und versicherte ihm eine breite Unterstützung des Kreistages zu diesem Thema. Allerdings wandte er ein, dass ihm die ausschließliche Beteiligung des Fachausschusses über Verwaltungsvorlagen nicht ausreiche. In diesem Zusammenhang wies er auf die Arbeitsgruppe hin, die auch schon das Integrationskonzept begleitet habe, und unterbreitete den Vorschlag, auf diese Arbeitsgruppe zurückzugreifen. Unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Ausschusses benenne er für die CDU-Fraktion neben Abg. Leitterstorf auch Abg. Schink als ordentliche Mitglieder der Arbeitsgruppe und SkB Grüner und sich selbst als Vertreter. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Arbeitsgruppe ihre Arbeit schon Anfang 2015 aufnehmen könne.

Abg. Deussen-Dopstadt zeigte sich erfreut über den allmählichen Meinungswandel bei den Hauptverwaltungsbeamten der Städte und Gemeinden. Das Konzept des KI biete die Möglichkeit, den kreisangehörigen Städten und Gemeinden eine wertvolle Unterstützung angedeihen zu lassen. Derzeit bestehe großer Handlungsbedarf bei der Arbeit mit Flüchtlingskindern. Man sei dabei, internationale Klassen mit Flüchtlingskindern einzurichten. Im Zuge dessen würden händeringend Unterstützungsangebote für diese Flüchtlingskinder nachgefragt, entsprechende Ressourcen seien -auch unter dem Aspekt der Traumabewältigung - bei den Städten und Gemeinden aber oft nicht vorhanden. Aus diesem Grunde bitte sie die Verwaltung, den Kommunen konkrete Hilfestellungen anzubieten.

SkB Gross interessierte sich dafür, wann mit einem Gesamtüberblick über die geplanten Maßnahmen, die benötigten Zeiträume und die voraussichtlichen Kosten zu rechnen sei.

Anknüpfend an den Wortbeitrag von Abg. Hurnik signalisierte Ltd. KVD Allroggen seine Zustimmung zu einer intensiven Zusammenarbeit der Verwaltung mit dem politischen Gremium. Er gab aber zu bedenken, dass der ins Auge gefasste Zeitpunkt aufgrund der benötigten Vorlaufzeit noch ein wenig verfrüht sei. Aus diesem Grunde richtete er die Bitte an den Ausschuss, die Gespräche mit den Städten und Gemeinden und den anderen Beteiligten abzuwarten und der Verwaltung zudem genügend Spielraum für die organisatorische Planung

einer dauerhaften Informations- und Kooperationsstruktur zu belassen, damit eine fundierte Basis für eine politische Beratung geschaffen werden könne.

In Bezug auf die Bitte der Abg. Deussen-Dopstadt wandte er ein, dass die von ihr angeführten Flüchtlinge nicht primäre Zielgruppe des KI sei und dieses damit momentan auch noch keine große Unterstützung anbieten könne. Trotz des berechtigten Wunsches nach Unterstützung habe das KI nicht die personellen Kapazitäten, um den Städten und Gemeinden die Asyl- und Flüchtlingsproblematik abzunehmen. An dieser Stelle müsse überlegt werden, ob Hilfe nicht von anderer Seite, möglicherweise aus dem Schulbereich, organisiert werden könne. Er pflichtete Abg. Deussen-Dopstadt aber grundsätzlich bei, dass weiterhin an diesem drängenden und wichtigen Thema gearbeitet und auch schnell reagiert werden müsse.

Auf die Frage des SkB Gross erklärte Ltd. KVD Allroggen, nach einer vorsichtigen Schätzung könne mit der gewünschten Gesamtübersicht frühestens Mitte nächsten Jahres gerechnet werden.

Abg. Dr. Fleck erkundigte sich, ob es sich bei der Einrichtung des KI um eine Pflichtaufgabe oder um eine freiwillige Aufgabe handele. Hierauf entgegnete Ltd. KVD Allroggen, es handele sich eher nicht um eine Pflichtaufgabe.

Abg. große Deters dankte der Verwaltung im Namen seiner Fraktion und wünschte VA Dinstühler bei ihrer Arbeit viel Erfolg. Er sehe ebenfalls Bedarf für die Einrichtung eines KI und unterstütze den Vorschlag von Abg. Hurnik, das Projekt seitens der Politik enger zu begleiten. Er kündigte an, Vertreter aus seiner Fraktion für die Arbeitsgruppe zu einem späteren Zeitpunkt zu benennen.

Abg. Gauß regte an, den Schwerpunkt „Sprachförderung“ um die frühkindliche Bildung in den Kindergärten zu erweitern.

SkE Klippel begrüßte ebenfalls die Einrichtung eines KI und bekundete die Bereitschaft der Wohlfahrtsverbände zur Kooperation und Mitarbeit. Er berichtete zudem von Problemen bei Anerkennungsverfahren, die Flüchtlinge während einer Veranstaltung mit Flüchtlingen und Ehrenamtlichen an ihn herangetragen hätten.